

Beschlussvorlage

zur Behandlung im **Ausschuss für Kultur, Bildung und Soziales**
 zur Kenntnis im **Ortschaftsrat Hirschau**
 zur Kenntnis im **Ortschaftsrat Kilchberg**
 zur Kenntnis im **Ortschaftsrat Pfrondorf**
 zur Kenntnis im **Ortschaftsrat Unterjesingen**

Betreff: **Umgang mit Straßennamen**

Bezug: Vorlagen 516/2020, 516a/2020, 516b/2020

Anlagen:

Beschlussantrag:

1. Insgesamt elf Personen, nach denen in Tübingen Straßen benannt sind, werden einer kursorischen Überprüfung unterzogen.
2. Die nach diesen Personen benannten Straßen werden zunächst mit einer Erläuterungstafel versehen.
3. Anhand der Prüfung entwickelt eine Kommission Kriterien für die Bewertung von problematischen Namensgebern und entscheidet, welche Personen einer weiteren Forschung bedürfen.

Finanzielle Auswirkungen

Finanzielle Auswirkungen: Ergebnishaushalt		lfd. Nr.	Ertrags- und Aufwandsarten	Entwurf Plan 2021
DEZ01 THH_4 FB4	Dezernat 01 BM'in Dr. Daniela Harsch Kunst und Kultur Kunst und Kultur			EUR
2810 Sonstige Kulturpflege		14	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-245.220
			<i>davon für diese Vorlage</i>	<i>-17.000</i>

Begründung:

1. Anlass / Problemstellung

Ausgehend von dem Antrag „Die Fraktion“ (516/2020) hat sich der Ausschuss für Kultur, Bildung und Soziales in seiner Sitzung am 17.09.2020 mit der Umbenennung von problematischen Straßennamen befasst.

Im Ergebnis sagte die Verwaltung zu, eine Liste von Straßennamen zu erstellen, deren Namensgeber_innen in ihrem Verhalten nicht mehr heutigen Wertvorstellungen entsprechen und die mit einer vorläufigen Erläuterungstafel zu versehen sind.

2. Sachstand

Zu Erstellung einer Liste mit diskussionsbedürftigen Straßennamen zog die Verwaltung zunächst die vom Stadtarchiv herausgegebene Publikation von Helmut Eck, „Die Tübinger Straßennamen. Vielfach umbenannt“ heran, die sämtliche Tübinger Straßennamen (ohne Ortsteile) anhand kurzer erläuternder Artikel vorstellt. Die dort gefundenen Hinweise wurden abgeglichen und ergänzt durch die Sichtung einer vollständigen Straßennamen-Liste des Stadtarchivs, die auch die Stadtteile umfasst. Suchkriterien bei der Sichtung waren: Straßennamen, die bereits in der öffentlichen Diskussion stehen; Straßenbenennungen, die während der Zeit des Nationalsozialismus erfolgten; Namensgeber_innen, die in der Zeit des Nationalsozialismus tätig waren oder in einer anderen Verbindung mit dem Nationalsozialismus stehen; Namensgeber_innen, die auf sonstige Weise heutigen Wertvorstellungen nicht mehr entsprechen (Antisemitismus, Rassismus, Kolonialismus, Militarismus, moralisches Fehlverhalten). In Abstimmung mit dem Stadtarchiv wurden die bei dieser Sichtung aufgefallenen Namen einer ersten Recherche in schnell zugänglicher Literatur, Internet-Quellen und Archiven unterzogen.

Im Ergebnis schlägt die Verwaltung elf Namen zur Überprüfung vor. In den meisten Fällen liegt der Grund für ihre Überprüfung darin, dass die Namensgeber_innen in verschiedener Weise – durch NS-Verherrlichung, als Vorläufer, Wegbereiter oder Nutznießer des nationalsozialistischen Herrschaftssystems und seiner Ideologie – als belastet anzusehen sind.

Bei der Auswahl dieser Namen zeigte sich jene Schwierigkeit, die bereits in Vorlage 516a/2020 thematisiert wurde: Das Fehlen von verbindlichen Kriterien für die historische Einordnung und Bewertung von problematischen Namensgeber_innen. Betrachtet man etwa jene Straßennamen, die zwischen 1933 und 1945 nach Personen benannt wurden, stößt man auf Namen, die unverdächtig sind, z.B. die Anna-Bosch-, die Autenrieth-, oder die Daimlerstraße (wobei in diesem Fall der Unternehmensgründer selbst zwar nicht mit dem Nationalsozialismus in Verbindung zu bringen ist, das Unternehmen als Rüstungsproduzent jedoch eindeutig vom System der Zwangsarbeit profitierte). Die Benennung in der Zeit des Nationalsozialismus kann also alleine kein Kriterium für eine Überprüfung sein. Auch die Mitgliedschaft in der NSDAP allein reicht nach Auffassung der Verwaltung nicht als Kriterium aus: auch Personen ohne diese Parteizugehörigkeit waren in das NS-System verstrickt oder haben von ihm profitiert. Hingegen sind Namenspatrone wie Graf Eberhard – als Vertreter der Juden aus Tübingen –, Herzog Ulrich – als gewalttätiger Renaissancefürst und

Mörder – oder Georg von Frundsberg – als Heerführer und Söldner, der Tübingen belagert und das Schloss beschossen hat – nach heutigen Maßstäben nicht als Vorbilder anzusehen. Ist ein Missionar wie Ludwig Krapf in letzter Konsequenz auch als ein Wegbereiter kolonialistischer Denkweisen zu betrachten? Auch Friedrich Ludwig Jahn ist zu nennen, der „Turnvater“, Antisemit, völkische Nationalist, „Franzosenhasser“. Wie bewerten wir einen Künstler wie Emil Nolde, der sich, trotz Berufsverbot, in seiner Kunst und als Antisemit und Rassist dem Nationalsozialismus andiente, nach 1945 jedoch als vom NS-Regime Verfolgter galt? Der Namenspatron des Paul-Löffler-Wegs musste 1933 als DDP-Gemeinderat aus dem Gremium ausscheiden, trat der NSDAP nicht bei, war aber „aktiv für den NS oder nahe Organisationen“ und arbeitete „mit Stadtverwaltung und der Partei in eigenem Interesse gut zusammen“, wie es 2013 die Studie „Zerstörte Demokratie“ festhielt. Der Namensgeber des Wilhelm-Mönch-Wegs in Unterjesingen, ähnlich wie Friedrich Süßer (s.u.) Lehrer und Heimatforscher, war seit 1. Mai 1933 Mitglied der NSDAP, darüber hinaus ist aber von einer NS-Vergangenheit nichts bekannt – sollte auch er, quasi im Analogieschluss, überprüft werden? Ein letztes Beispiel: die nach dem Zweiten Weltkrieg nach Städten in den ehemaligen deutschen Ostgebieten benannten Straßen auf dem Galgenberg – wurden sie seinerzeit lediglich zur Erinnerung so benannt oder spricht aus der Entscheidung der damals Verantwortlichen auch ein revanchistischer Geist (die Danziger Straße erhielt ihren heutigen Namen bereits 1936, als sie als „Freie Stadt“ noch unter dem Schutz des Völkerbunds stand)?

Die Verwaltung will mit diesen Beispielen deutlich machen, welche Bandbreite an Überlegungen angestellt werden könnten. Sie votiert in den genannten Fällen aber nicht für eine Untersuchung, Erläuterung oder Umbenennung. Wie schon in der Vorlage 516a/2020 dargestellt, sind Bewertungen, abgesehen von wenigen eindeutigen Fällen, immer zeitbedingt. Und es bleibt die entscheidende Frage, ob durch eine Umbenennung nicht vielmehr Geschichte verschleiert und getilgt wird und vor Ort nicht mehr erkennbar ist. Daher plädiert die Verwaltung nach wie vor für eine Kennzeichnung und nicht für Umbenennungen im großen Umfang. Deutlich wird an den oben genannten Beispielen auch, dass es einer Verständigung darüber bedarf, welche historischen, ethischen und politischen Maßstäbe bei der Benennung oder Umbenennung von Straßen angelegt werden.

Wie bereits in der Vorlage 516a/2020 dargelegt, wurden Kriterien für die historische Einordnung und Bewertung von problematischen Namensgebern bisher nicht entwickelt. Daher hat die Verwaltung vorgeschlagen, sich an der Vorgehensweise der Stadt Freiburg zu orientieren und nach einer wissenschaftlichen Aufarbeitung eine Kommission einzusetzen, die diese Kriterien entwickelt. Auf dieser Grundlage kann dann der Gemeinderat entscheiden, ob die Straßen tatsächlich umbenannt oder mit einer Erläuterungstafel versehen werden sollen.

3. Vorschlag der Verwaltung

Die Verwaltung empfiehlt, folgende Personen einer weiteren Überprüfung zu unterziehen:

Biererstraße (benannt 1912)

Ernst Wilhelm Bierer (1796-1876), Stadtschultheiß von 1823 bis 1858; äußerte sich, im Protokoll festgehalten, 1825 antisemitisch; in seiner Amtszeit klagte die Stadt um 1850 auch gegen Leopold Hirsch, der als erster Jude das Tübinger Bürgerrecht erwerben wollte.

Eduard-Haber-Straße (benannt 1936)

Johann Karl Emil Eduard Haber (1866-1947), Bergbau-Ingenieur, Kolonialbeamter im Kaiser-

reich (u.a. als letzter kommissar. Gouverneur von Deutsch-Neuguinea und stv. Gouverneur von Deutsch-Ostafrika); 1932 Mitunterzeichner des Aufrufs: „Deutsche Hochschullehrer für Hitler“; ab 1933 Mitglied verschiedener NS-Organisationen; ab 1937 Mitglied der NSDAP.

Eduard-Spranger-Straße (benannt 1964)

Eduard Spranger (1882-1963), Pädagoge, Philosoph, Psychologe; nicht Parteimitglied, aber lt. einigen Forschungen „glühender Nationalist und Militarist“, Antisemit und Sympathisant der Nationalsozialisten; trug dazu bei, die Nationalsozialisten in bürgerlichen Kreisen hoffähig zu machen.

Seit einigen Jahren wird Spranger in einigen anderen Kommunen kritisch betrachtet; ein Gymnasium in Filderstadt wurde 2019 umbenannt.

Isoldenstraße (benannt 1929)

Isolde Kurz (1853-1944), Schriftstellerin; Mitglied des 1938 vom württembergischen Reichsstatthalter Wilhelm Murr gegründeten Schwäbischen Dichterkreises; hegte Sympathien für einige Elemente der nationalsozialistischen Ideologie, lehnte aber Terror und Gewalt ab und war wohl keine Antisemitin; ließ sich von Nationalsozialisten für Propagandazwecke vereinnahmen (1943, an ihrem 90. Geburtstag: Goethe-Medaille aus der Hand von Goebbels), verfasste 1939 eine Eloge zum 50. Geburtstag Adolf Hitlers.

Karl-Brennenstuhl-Straße (Pfrondorf)

Karl Brennenstuhl (1885-1948), Pfrondorfer Bürgermeister von 1912 bis 1946; Mitglied der NSDAP. Bisher nicht erforscht, aber Bürgermeister während der NS-Zeit.

Lämmleweg (Hirschau; benannt 1959)

August Lämmle (1876-1962), Heimatdichter; „NS-Verherrlicher“, „Blut-und-Boden“-Dichter und Hitler-Verehrer; seit 1. Mai 1933 NSDAP-Mitglied; Karriere in der Reichsschrifttums- und in der Reichskulturkammer; 1934 Mitglied im Landesvorstand des „Kampfbundes für Deutsche Kultur“; Mitglied des Schwäbischen Dichterkreises.

In Leonberg wird aufgrund eines Gutachtens auf Beschluss des Gemeinderats die nach Lämmle benannte Straße mit einer Erläuterungstafel versehen; Diskussionen gibt es auch in Kusterdingen und Reutlingen.

Max-Hartmann-Straße (benannt 1962)

Max Hartmann (1876-1962), Zoologe; war seit 1939 Mitherausgeber der in jenem Jahr vom SS-Ahnenerbe übernommenen Zeitschrift „Der Biologe“.

Niethammerstraße (benannt 1956)

Emil Niethammer (1869-1956), Jurist; verteidigte in den 1920er Jahren die rechtslastigen Gegner der Weimarer Republik; bis 1937 als Reichsgerichtsrat tätig; 1935 bis 1938 Mitglied der amtlichen Kommissionen für die Erneuerung des Strafrechts im Sinne des Regimes; könnte in dieser Funktion beteiligt gewesen sein an der Verschärfung des Paragraphen 175; 1940 bis 1945 Gutachter in der Reichs- und Landesgesetzgebung.

Schmitthennerweg (Kilchberg; benannt 1976)

Paul Schmitthenner (1884-1972), Architekt; seit 1931 des nationalsozialistischen „Kampfbunds für deutsche Kultur“; seit 1933 Mitglied der NSDAP; förderte an der TH Stuttgart die nationalsozialistische Gleichschaltung; formulierte andererseits um 1939 Kritik an der monumentalen NS-Architektur; 1944 Aufnahme in die „Gottbegnadeten-Liste“ durch Adolf Hitler; wurde nach Kriegsende von seinem Lehrstuhl suspendiert, aber 1947 als „unbelastet“ entnazifiziert; 1952 zum Ehrenbürger ernannt.

Süßerstraße (Pfrondorf, benannt vor 1950)

Friedrich Süßer (1871-1951) Oberlehrer, Organist etc.; Mitglied der NSDAP; 1937 zum Ehrenbürger ernannt „in Anerkennung und Würdigung seiner vielseitigen Verdienste um die Schule und Gemeinde“. Bisher nicht erforscht, aber während der NS-Zeit zum Ehrenbürger ernannt.

Wilhelm-Schussen-Weg (benannt 1956)

Wilhelm Schussen (1874-1956), Schriftsteller, Pädagoge; war nicht Parteimitglied; gehörte im Oktober 1933 zu den 88 deutschen Schriftstellern, die das Gelöbnis „treuester Gefolgschaft“ für Adolf Hitler unterzeichneten; Mitglied des Schwäbischer Dichterkreises.

Diese Vorschlagsliste stellt keine Beurteilung dar, sondern nur den Hinweis, dass in den genannten Fällen nach Auffassung der Verwaltung eine nähere Untersuchung notwendig ist. Im Falle Friedrich Süßer ist allein die Benennung in der NS-Zeit das Untersuchungskriterium, im Falle Karl Brennenstuhl legt die Tatsache, dass er auch in der NS-Zeit als Bürgermeister tätig war, eine Prüfung nahe. Über beide Männer liegen aber bisher keine Forschungen vor. Bei Eduard Haber ist die Forschungslage wesentlich besser, allerdings nur, was seine Tübinger Zeit betrifft. Wichtig wäre vor allem, seine Rolle als Kolonialbeamter aufzuarbeiten. Bei Isolde Kurz und Paul Schmitthenner ist die bisherige Forschung in ihrem Urteil ambivalent. Die Schriftstellerin könnte von den Nationalsozialisten „lediglich“ vereinnahmt worden sein, ohne der Ideologie wirklich nahe zu stehen. Der Architekt Paul Schmitthenner wird in der neueren Literatur als ehrgeiziger Architekt ohne politische Prinzipien dargestellt. Bei beiden muss man sich in allererster Linie über den Maßstab der Beurteilung verständigen.

Die Verwaltung plädiert weiterhin für eine wissenschaftliche Untersuchung der Namensgeber_innen und die Einsetzung einer Kommission. Sie schlägt ein Verfahren in mehreren Stufen vor. Zunächst sollen in einer ersten kursorischen Untersuchung zu einigen der oben Genannten erste Forschungen angestellt, bei anderen Forschungslücken geschlossen und insgesamt der weitere Forschungsbedarf festgestellt werden. Die Verwaltung möchte hierfür mit dem Seminar für Zeitgeschichte der Universität Tübingen zusammenarbeiten und eine Studentin oder einen Studenten für diese erste Untersuchung gewinnen. Prof. Johannes Grossmann vom Institut für Zeitgeschichte wäre für eine Zusammenarbeit bereit und hat seine wissenschaftliche Beratung und die Betreuung der Studierenden, die einen Werkvertrag bekommen sollen, zugesagt. In einem zweiten Schritt sollen die Ergebnisse dieser Untersuchung einer noch zu benennenden Kommission vorgelegt werden, die Kriterien entwickelt und entscheidet, welche Personen einer tiefer gehenden wissenschaftlichen Aufarbeitung bedürfen.

Da nicht abzusehen ist, wann die Forschungen aufgenommen werden können und wann eine Kommission verbindliche Kriterien festlegen wird, beabsichtigt die Verwaltung, die strittigen Benennungen zunächst mit Schildern zu kennzeichnen. Dazu schreibt die Verwaltung einen Gestaltungswettbewerb unter Studierenden aus; Ziel sind kreative grafische Lösungen, mit denen im öffentlichen Raum, direkt am Straßenschild, auf die Fragwürdigkeit der jeweiligen Straßenbenennung aufmerksam gemacht und die Diskussion darüber in die Stadtgesellschaft getragen wird. Ein QR-Code soll auf die Homepage der Stadt weiterleiten, wo der Prozess im Umgang mit den Straßennamen und Details zu den Namensgebern_innen dargestellt sind.

4. Lösungsvarianten

Der Gemeinderat ergänzt die Liste der Straßennamen um eigene Vorschläge bzw. streicht Namen von der Liste.